

5 Tatorte 09/4: «Das Land kolonisiert die Stadt Bern – mit Helfern aus der Stadt»

► In früheren Jahrhunderten – das ist unbestreitbar - hat die Stadt Bern ihr Umland erobert, geknechtet und ausgebeutet. Heute ist es umgekehrt, zum Glück um Einiges gesitteter. Die «Staatspartei» SVP vertritt vorab die ländlichen Gegenden, wo ihre Hausmacht ist. Wichtig ist ihr dabei die Gemeindeautonomie auf dem Land. Diese müsste aber auch für die Stadt Bern gelten, doch sind sich alle Bürgerlichen einig: Die Autonomie der Stadt Bern wird willentlich demontiert. Der Hauptgrund liegt in der Wende von 1992, als in der Stadt Bern, im Stadtrat, die Rotgrünen mitten in einem bürgerlichen Kanton das Steuer übernahmen. Die Dauerhaftigkeit dieses neuen Machtverhältnisses steigerte die Erbitterung der grossrätlichen bürgerlichen Mehrheit. Die Folge war, dass sie der Stadt nach

Möglichkeit schadete, Gemeindeautonomie hin oder her. Hier einige Beispiele von vielen, die das oben Gesagte belegen:

- Das älteste und vielleicht auch das folgenreichste Beispiel ist die Pendlerinitiative von 1989: ca. 54 % der StädterInnen sprachen sich für eine stark reduzierte Parkplatzerstellung insbesondere bei Betrieben aus. Erika Siegenthaler, spätere Stadträtin SVP,

Aktiv in der Politik vom Land gegen die Stadt sind bürgerliche Grossräte und Grossrätinnen

musste die Niederlage hinnehmen. Später, als Grossrätin, liess sie von ihrer Mehrheit eine Motion annehmen, welche in der Folge (allerdings erst nach ca. 10 Jahren) die Pendlerinitiative als ungültig erklärte. Ausgerechnet jene Partei, die sich als Hüterin der direkten Gemeindedemokratie

aufspielt, liess eine Gemeindeabstimmung kassieren!

- Nicht besser erging es vor dem Jahr 2000 der Ja-Mehrheit in Bern zur Billettsteuer, die damals der Stadt immerhin ein paar Mio Franken pro Jahr einbrachte. Im Jahr 2001 hat der Grosse Rat diese Steuer abgeschafft. Der Streichungsantrag wurde von Max Sterchi (SVP) vertreten, welcher anstelle der Interessen der Stadt diejenigen des SCB vertrat.
- Trotz des vor allem bei uns knappen Wohnraums schaffte der Grosse Rat das Wohnraumerhaltungsgesetz (WerG) im Januar 2009 per FDP-Motion ab.
- Gemäss der städtischen Abstimmung zum Neufeld-Tunnel muss die Halenstrasse (im Bremgartenwald) für den motorisierten Verkehr geschlossen werden. Eine SVP/FDP-Motion (Hauptmotionär Gränicher, SVP Bern) hat in der Märzsession 2009 das Rückgängigmachen genau dieses

Entscheides gefordert.

Sehr aktiv in dieser Politik vom Land gegen die Stadt Bern sind, wie oben dargelegt, berner Grossräte und Grossrätinnen, also Helfer aus der Stadt Bern. Es lässt sich zeigen, dass in solchen Fällen kaum jemals ein Bürgerlicher zugunsten «seiner» Stadt gestimmt hat.

Res Hofmann, Grossrat SP Bern-Nord
www.reshofmann.ch

